Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 368. **Sonnabend** den 7. November 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 8. November, Vormittags nur bis 9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Die Wissenschaft und die Socialdemokratie.

* Man kann täglich die Erscheinung beobachten, welchen Einfluß Schlagwörter ausüben, insbesondere auf Diejenigen, welche von ihrem Inhalt, ihrer Tragweite nichts verstehen. Zu diesen viel gemißbrauchten Schlagwörtern gehören die Ausdrücke: „Wissenschaft, wissenschaftliche Untersuchung", denen wir insbesondere in den Reden des Großkophta Liebknecht, des Generalpächters der socialdemokratischen Wissenschaft, immer wieder begegnen. Der „Genosse" gewöhnlichen Schlages fühlt sich schon gehoben, wenn er aus dessen Munde vernimmt: „das socialdemokratische Programm sei auf streng wissenschaftlichen Grundsätzen aufgebaut, gehe von wissenschaftlich unanfechtbaren Voraussetzungen aus, die mit zwingender Logik zu dem politischen und socialen Zukunftsprogramm der Partei hinführten". Zunächst möchten wir Herrn Liebknecht daran erinnern, daß auf socialem und wirthschaftlichem Gebiet die Leuchte der Wissenschaft bis jetzt das vor uns liegende Dunkel mehr angezeigt als erhellt hat, und daß alle thatsächlichen Fortschritte auf diesen Gebieten nicht wissenschaftlichen oder theoretischen Programmen, sondern, Schritt vor Schritt, dem in der Menschheit mit unbewußter Gewalt fortschreitenden Humanitätsgedanken entsprungen sind.

Gerade Herr Liebknecht sollte sehr bescheiden von der autoritativen Bedeutung sogenannter wissenschaftlicher Forschung sprechen, wenn er sich daran erinnert, wie er noch vor wenigen Jahren auf das nun von ihm selbst in die Rumpelkammer verwiesene „wissenschaftliche" Programm Lassalle's schwur, und welches vernichtende Urtheil, ebenfalls vom sogenannten „wissenschaftlichen" Standpunct aus, der Prophet der Partei, Karl Marx, über das letzte Programm der deutschen Socialdemokraten aussprach, ja vielleicht über das in Erfurt entworfene wiederum aussprechen wird.

Die Zukunft der Gesellschaft wird sich nach eigenen Gesetzen entwickeln; die elementaren Mächte, welche die Geschicke der Menschheit leiten, werden ihre Gestaltung herbeiführen und beherrschen, nicht dünkelhafte Parteiprogramme. Damit soll gewiß der wissenschaftlichen Forschung ihre Bedeutung für die Fortentwicklung des Menschengeschlechts und der diese Fortentwicklung tragenden Formen und Organisationen nicht abgesprochen, die Zukunft nicht dem blinden Walten eines unabwendbaren Geschicks überlassen werden. Nein, die Wissenschaft soll die Praxis unterstützen und Schritt für Schritt den idealen Zielen sich nähern, welche keiner programmäßigen Präcisirung bedürfen, welche in der Brust jedes denkenden und fühlenden Menschen leben, welche längst ihren höchsten Ausdruck in der Religion der Liebe gefunden haben, diesem höchsten, ewigen Program der Zukunft.

Wie weit sich aber auch die theoretische Forschung in die sociale Zukunft hineinwagen will, immerhin wird sie nur dann Bedeutung beanspruchen können, wenn sie, von logisch begründeten Voraussetzungen ausgehend, zu Zielen gelangt, welche mit unumstößlichen, die Menschheit beherrschenden Gesetzen nicht in unlöslichem Widerspruch stehen. Zwischen unhaltbaren Anfangs- und Endpuncten kann die Wissenschaft keine gangbare Brücke bauen und der Irrthum wird nicht zur Wahrheit, wenn er sich auch in das Gewand wissenschaftlicher Methodik hüllt.

Der Grundirrthum der socialdemokratischen „wissenschaftlichen Forschung" führt sich auf ihre Verleugnung der geschichtlichen Entwickelung des socialen Gedankens zurück. Für sie beginnt die Geschichte der „socialen Wissenschaft" erst mit der Geschichte ihrer Verirrungen, mit der Entstehung und Fortbildung von Wahngebilden der Zukunft in den Köpfen von Phantasten. Nein, der sociale Gedanke ist älter. Er lebt in der Menschheit seit sie aus dem ursprünglich thierischen Zustand durch die Sprache zu einer Gesammtheit denkender Wesen heranwuchs. Der krasse Egoismus des Einzelnen wurde immer mehr gebändigt durch die natürlichen Triebe, welche die Menschen aneinander ketten, und dieses Gefühl ward verfeinert und ausgebildet durch die wachsende Vernunft, welche die Gesammtheit als eine Förderin des Glücks des Einzelnen erkennen lehrt. So entstanden erst die Familie und dann eine gesellschaftliche Ordnung, welche schon von den ersten Anfängen an die Pflichten des Einzelnen gegen die Gesammtheit und gegen die Nebenmenschen, unter gleichzeitiger Entwicklung des religiösen Gedankens, zu ordnen begann. Und wie im Staat immer mehr die rohe Gewalt und Uebermacht der Einzelnen gesetzlicher Ordnung gewichen ist, bis diese in unserem Jahrhundert in dem Rechtsstaat und in der Gleichheit vor dem Gesetz den formalen Höhepunct ihrer Entwicklung erreicht hat, so drang der sociale Gedanke, als mitgestaltender Factor, immer tiefer in das Leben der Menschheit ein, insbesondere seit ihm das Christenthum die Bahnen öffnete und die letzten Ziele zeigte. Die formale, wissenschaftliche Behandlung der socialen Fragen mag ein Kind unserer Zeit sein; aber sie entbehrt des Fundaments, wenn sie die Geschichte des socialen Gedankens nicht bis in die Urzeit zurück verfolgt, damit wir lernen die ungeheure Summe des bereits Erreichten zu würdigen. Es ist ein verhängnißvoller Irrthum, zu glauben, daß die Menschheit in dem großen Gang ihrer Entwicklung absolut neue Wege einzuschlagen vermöchte; die Wege, welche uns aus der Vergangenheit in die Gegenwart führten, sind und bleiben dieselben, welche uns auch in die Zukunft hineingeleiten werden. Die in ihrem innersten Wesen unbeugsame menschliche Natur ist und bleibt in letzter Instanz unsere einzige Führerin; Wege und Ziele, welche eine andere Sorte von Menschen zur Voraussetzung nehmen, als unser Planet beherbergt, sind Phantasiegebilde, keine Gegenstände wissenschaftlicher Forschung.

Leipzig, 7. November.

* Der Bundesrath ertheilte in der am 5. d. M. unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssecretairs des Innern Dr. v. Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Gesetzes über die Controle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1891/92, dem Antrage des Reichskanzlers, betreffend die Abänderung des Formulars zu den Schiffscertificaten, und dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Vereinsthaler österreichischen Gepräges, die Zustimmung. Die von den Actionairen der Frankfurter Bank beschlossene Abänderung des Statuts der Frankfurter Bank genehmigte die Versammlung, sie erklärte sich weiter mit der in Antrag gebrachten Errichtung eines zweiten Schiedsgerichts der Berufsgenossenschaft für die Unfallversicherung der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin, sowie mit der probeweisen Einführung eines neuen Papiers für die bei der Invaliditäts- und Altersversicherung zu verwendende Quittungskarte einverstanden und beschloß, dem Innungsverbande „Bund deutscher Schneiderinnungen" auf sein Gesuch in Gemäßheit des § 104 b der Gewerbeordnung die Fähigkeit beizulegen, unter seinem Namen Rechte, insbesondere Eigenthum und andere dingliche Rechte an Grundstücken zu erwerben, Verbindlichkeiten einzugehen, vor Gericht zu klagen und verklagt zu werden. Sodann wurde über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuerangelegenheiten Beschluß gefaßt. Wegen Wiederbesetzung einer erledigten Rathsstelle beim Reichsgericht wird dem Kaiser ein Vorschlag unterbreitet werden.

* Der Gesetzentwurf, betreffend die Bestrafung des Sclavenhandels, mit dessen erster Berathung der Reichstag seine Thätigkeit wieder aufnimmt, ist demselben bereits im Juli während der Vertagung zugegangen. Er enthält lediglich eine Ergänzung des Strafgesetzbuches, welches in den auf den Sclavenhandel verwendbaren Bestimmungen naturgemäß äußerst ungenügend ist. Die Colonialfrage kommt hierbei kaum in Betracht und der Gesetzentwurf wird wohl keinerlei Schwierigkeiten machen. Voraussichtlich wird er aber doch in eine Commission verwiesen werden.

* Die Frage der Immunität der Reichstagsabgeordneten während langer Vertagungen wird wird alsbald nach Eröffnung der Sitzungen von socialdemokratischer Seite durch eine Interpellation im Reichstag zur Erörterung gebracht werden. Der Reichstag hat sich zwar wiederholt, und in der letzten Tagungsperiode fast einstimmig, für das Fortbestehen der Immunität erklärt. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob er bei genauerer Erwägung an diesem Standpunct festhalten wird; selbst auf deutschfreisinniger Seite sieht man der Angelegenheit sehr kühl gegenüber. Aber auch wenn der Reichstag sich noch einmal in demselben Sinne wie früher aussprechen sollte, so ist doch, wie uns versichert wird, gar nicht daran zu denken, daß auch der Bundesrath sich dieser Ansicht anschließen und einer Verfassungsänderung, welche die fortdauernde Immunität bestimmt ausspricht, zustimmen werde. Wie sich diese Verwicklung lösen wird, falls nicht der Reichstag seinen früher eingenommenen Standpunct aufgiebt, ist noch nicht abzusehen.

* Wie uns ein Privattelegramm aus Berlin meldet, ist die Blättermeldung, daß Fürst Bismarck den Auftrag gegeben haben, für ihn in Berlin eine Wohnung zu miethen, durchaus unwahr. Es sei noch völlig ungewiß, ob Fürst Bismarck vor Neujahr nach Berlin kommt.

* Die Freisinnigen werden, wie uns aus Berlin depeschirt wird, im Reichstag mit Unterstützung der Socialdemokraten den Antrag auf Gewährung von Diäten einbringen.

* Der Zar ist in kurzer Zeit zweimal durch deutsches Gebiet gereist, ohne eine Begegnung mit dem deutschen Kaiser zu suchen, dem er noch einen Gegenbesuch schuldet. Dieses Verhalten wird in der ausländischen Presse zumeist als eine beabsichtigte Unhöflichkeit gedeutet. Es scheint, als ob auch an leitender Stelle in Berlin eine ähnliche Auffassung herrsche. Von einer Seite, welche man als officiös anzusehen gewohnt ist, wird der Münchener „Allg. Ztg." geschrieben: „Es tritt immer deutlicher zu Tage, daß die Durchreise des Zaren mit den ihr vorausgegangenen und sie begleitenden Umständen als ein Symptom zu betrachten ist, daß unsere Beziehungen zu Rußland nicht mehr als „correct" sind. Von innigen, geschweige denn von herzlichen Beziehungen kann füglich die Rede nicht mehr sein. Von deutscher Seite ist in diesem Falle, wie stets, geschehen, was irgend möglich war, um einer Wendung zum Besseren den Raum frei zu lassen; wenn Rußland nach wie vor für passend findet, sich über die Formen internationaler Höflichkeit hinwegzusetzen, so wird man sich in Deutschland mit einem Achselzucken behelfen. In Rußland — wo bekanntlich über Reisen des Zaren in der Presse nicht berichtet werden darf — hat man nur erfahren, „daß das dänische Königspaar, von den meisten seiner hohen Gäste, u. A. von der Prinzessin von Wales nebst Töchtern, begleitet, nach Livadia in der Krim fährt", woraus der scharfsinnigere Theil der Leser dann den Schluß ziehen kann, daß der Landesherr wahrscheinlich mit von der Partie ist. Nachträglich kommt dann der officielle Bericht von dem glücklichen Vollzug der Reise — wie inzwischen geschehen. Ein Heer von 30 000 Mann hat aber aufgeboten werden müssen, dieses Resultat herbeizuführen! Doch das sind einmal russische Zustände."

* Im Verlage der königlichen Hofbuchhandlung von Mittler & Sohn in Berlin ist wiederum ein Band der zum literarischen Nachlaß des verewigten Feldmarschalls Grafen Helmuth von Moltke gehörigen Schriften erschienen. Dem für die Publication aufgestellten Programm gemäß folgt nunmehr der Briefwechsel Moltke's, zunächst derjenige mit seinen nächsten Verwandten, welcher übrigens einer früheren Periode seines Lebens angehört. In den Briefen tritt das einfach menschliche Wesen, das einen Grundzug seines Charakters bildete, in seiner ganzen Reinheit und Lauterkeit hervor. Innigkeit der Empfindung, Gottvertrauen, ein fester, unbeugsamer Wille und das Streben nach den höchsten Zielen, die dem Menschen in Zeit und Ewigkeit gesteckt sind, sprechen überall aus diesen Aufzeichnungen, zu denen sich der heranwachsende, damals von der Welt noch wenig gekannte Genius des großen Strategen deutlich zu erkennen giebt. Namentlich in den Briefen an die Mutter tritt überdies eine Gefühlstiefe an den Tag, die von der liebevollen, zärtlichen Anhänglichkeit, die der Sohn für die Mutter hegte, in rührender Weise zeugt. Bei dem Lesen dieser Correspondenz empfindet man, wie der Herausgeber sehr treffend sagt, eine gehobene Stimmung, und es ist, als ob man in die Gedankenwerkstatt des großen Mannes eintritt, der sich in kühnem Schwung bis zu den lichtesten Höhen menschlicher Tugend und Größe emporgeschwungen hat.

* Gestern Abend ist der Prinz Damrong Rajanubhab, der in besonderer Mission verschiedene Höfe Europas besucht, aus Kopenhagen in Berlin eingetroffen. Der Prinz überbringt Sr. Majestät dem Kaiser ein Handschreiben seines Bruders, des Königs von Siam, in welchem sich dieser für die Verleihung des Großkreuzes vom Rothen Adlerorden an den 13jährigen Kronprinzen bedankt; er überreicht sodann dem Prinzen Friedrich Leopold das Großkreuz des siamesischen Elephantenordens. Auch für den Reichskanzler v. Caprivi und den Staatssecretair Frhrn. v. Marschall und andere Herren sind Orden bestimmt. Der Prinz bekleidet in seiner Heimath den Posten eines Unterrichts-Ministers und wird daher Veranlassung nehmen, hier verschiedene Anstalten aufzusuchen, um ihre Einrichtungen kennen zu lernen. Der Prinz, der im Anfang der dreißiger Jahre steht, wird die für Berlin bestimmte Zeit nicht voll ausnutzen, da er, um den Kaiser von Rußland zu begrüßen, nicht nach Petersburg, wie zuerst beabsichtigt war, sondern nach Livadia sich begiebt, was längere Zeit in Anspruch nimmt. Ob er auf dieser Fahrt Wien berührt, oder direct umfährt, steht noch nicht fest.

* Wie bereits mitgetheilt, hat Prinz Heinrich von Waldeck-Pyrmont dem gegenwärtig tagenden Landtage der Fürstenthümer eine Rechtsverwahrung eingereicht, worin derselbe erklärt, gegenwärtig nach dem Erbprinzen Friedrich der nächste erbberechtigte Agnat des fürstlich waldeckschen Hauses zu sein. Der Prinz führt den Nachweis, daß seine beiden älteren Brüder, die Prinzen Albrecht und Erich zu Waldeck und Pyrmont, in Gemäßheit und Kraft der Hausgesetze und Verträge, insbesondere nach der Primogenitur-Ordnung, ihre Primogenitur-Ansprüche und Rechte wegen ihrer Mesalliancen sammt ihrer Nachkommenschaft zu Gunsten ihrer Brüder und Vettern eo ipso verloren hätten und von der Erbfolge so lange excludirt seien, als noch andere berechtigte Agnaten vorhanden wären. Im Uebrigen handelt es sich nur um Documentirung seiner Ansprüche.

* Die weimarischen Landtagswahlen sind vollständig beendigt. Von den 31 Abgeordneten sind 22 wieder- und 9 neugewählt. Politisch gehört die große Mehrheit zu den Nationalliberalen, 5 bis 6 zu den Conservativen, 1 (aus einem hauptsächlich katholischen Bezirk) zu den Ultramontanen und 1 zu den Socialdemokraten (aus Apolda). Der Deutschfreisinn hat im neuen Landtag nicht einen Sitz erlangt. Das bisherige Landtagspräsidium ist vollzählig wiedergewählt.

* Die „Kölnische Volkszeitung" meldet bezüglich eines standrechtlich erschossenen Marinesoldaten, daß derselbe zwei Jahre bei der ersten Matrosendivision diente und auf der Rückfahrt von Yokohama nach Kiel bei einer Meuterei einen Deckofficier erstochen hatte. Der Erschossene war in Kalk geboren.

* Die „Germania" entnimmt dem in Danzig erscheinenden „Westpr. B.-Bl." einen Bericht über die feierliche Einführung des dortigen katholischen Pfarrers Scharmer in sein Pfarramt von St. Nicolai, wobei als besonders bemerkenswerth ein Trinkspruch hervorgehoben wird, den der evangelische Herr Polizeidirector v. Reiswitz bei dem auf die kirchliche Feier folgenden Festmahl ausbrachte und der dem „Westpr. B.-Bl." zufolge lautete:

„Gestatten Sie auch mir, meine Herren, als dem Vertreter des staatlichen Patronats dieser Pfarrei, einige Worte zu sagen. Den Zusammenhang zwischen Kirche und Staat zu betonen, ist nicht ohne Bedeutung; denn, wie Sie wissen, gehe es leider Viele, welche behaupten, daß zwischen Kirche und Staat ein Gegensatz bestehe. Die große Versammlung der Katholiken Deutschlands in Danzig hat aber Allen, die sehen und hören wollen, aufs Glänzendste gezeigt, daß man ein sehr guter Katholik und zugleich ein sehr guter Patriot sein kann (Brave), ja daß ein wirklicher Katholik von selbst ein guter Patriot ist. (Stürmischer Beifall.) Ich möchte das hervorheben, um Ihnen hier auszusprechen, welchen Eindruck der großartige Katholikentag auf einen gläubigen evangelischen Christen gemacht hat. Zu besonderer Ehre und Freude aber gereicht es mir, die nachfolgenden Worte an Sie richten zu können. Es ist heute ein kirchliches Fest, und da ist es zweifellos für Sie ein Bedürfniß, der hohen Liebe und Begeisterung, die Sie für das Oberhaupt der katholischen Kirche hegen, Ausdruck zu verleihen. Ich brauche Ihnen die großen Verdienste dieses Papstes gewiß nicht in Erinnerung zu bringen, nur Eins will ich erwähnen, daß unter seiner Mitwirkung die Beilegung des Culturkampfes erfolgt ist. Und so bitte ich Sie denn einzustimmen in den Ruf: Se. Heiligkeit der Papst Leo XIII. lebe hoch! hoch! hoch!"

Die „Germania" fügt hinzu, der Trinkspruch sei mit „ungeheurem" Jubel aufgenommen worden.

* In der bayerischen Kammer der Abgeordneten erklärte bei der Berathung des Finanzetats der Finanzminister Dr. v. Riedel, bezüglich der Regelung der Beamtengehälter sei Alles vorbereitet; die Regierung werde sich diese nicht nur für die Beamten, sondern auch für den Staat hochwichtige Sache angelegen sein lassen; er hoffe zuversichtlich, noch in dieser Session eine Regelung vereinbaren zu können.

* Die Nachricht von der standrechtlichen Erschießung eines Marinesoldaten in Köln bezieht sich auf einen jungen Mann aus Kalk bei Deutz. Von anderer Seite wird erklärt, die ganz bestimmt auftretende Nachricht beruhe auf einem Mißverständniß. Die Militairbehörde hat sich noch nicht geäußert. Vielleicht handelt es sich um eine Erschießung beim Fluchtversuch. Eine authentische Erklärung der Militairbehörde über den Vorfall ist dringend zu wünschen.

* Aus Elsaß-Lothringen wird der „Köln. Zeitung" geschrieben: Das Einschreiten der Regierung gegen den in den letzten Tagen oft genannten Fabrikanten Dreyer, der wegen seiner Theilnahme am Revanchefeste zu Bussang aus der Stellung als Ergänzungsrichter bei dem Amtsgerichte zu St. Amarin entlassen worden ist, wird nicht verfehlen, bei der Bevölkerung einen gewissen Eindruck hervorzurufen, insofern die deutsche Verwaltung damit gezeigt hat, daß sie auch nach dieser Seite hin mit dem System Manteuffel gründlich zu brechen gewillt ist. Manteuffel hat bekanntlich alle möglichen Auszeichnungen an Persönlichkeiten vergeben, welche nicht nur keinen Beweis von deutschfreundlichen Gesinnungen gegeben hatten, sondern im Gegentheil sich zur Protestpartei bekannten und aus ihren engen Beziehungen zu Frankreich kein Hehl zu machen pflegten. Es sei hier nur an die Auszeichnung des verstorbenen Metzer Bischofs Dupont des Loges, eines der größten Deutschenhasser, erinnert, der in der Presse öffentlich erklärte, der fragliche Orden sei ihm aufgedrängt worden und er würde ihn zurückgewiesen haben, falls man ihn vorher gefragt hätte. Auch die Ernennung des ausgesprochenen Saargemünder Protestlers und Deutschenfressers Fabrikanten Jaunez zum Staatsrath gehört hierher. Als Staatsrath übte Jaunez in Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, sogar bei Beamtenverfehmungen einen Einfluß aus, der ihm nicht mit Unrecht den Titel „Vicekönig von Lothringen" eintrug, bis er durch Fürst Hohenlohe abgesetzt wurde. Die Sache war schließlich soweit gekommen, daß man sich allgemein sagte, wer es zu etwas bringen wolle, müsse vor Allem tüchtig deutschfeindliche Opposition machen. Manteuffel befolgte dabei bekanntlich den Plan, die politischen Gegner durch persönliche Liebenswürdigkeit, Ueberhäufung mit Ehrungen und Einräumung eines weitgehenden Einflusses für das Deutschthum zu gewinnen und dadurch die naturgemäße, allerdings sich langsam vollziehende Entwicklung der Dinge künstlich zu beschleunigen. Wie wenig dieses System von Erfolg begleitet war, ist bekannt. Auch heute sind, wie der Fall von Bussang gezeigt hat, die Elemente noch nicht ausgestorben, welche der Ansicht sind, man könne sich an deutschfeindlichen Kundgebungen betheiligen und doch mit der gutmüthigen deutschen Regierung auf gutem Fuße stehen. Je nachdrücklicher letztere dieser Ansicht entgegentritt und je mehr sie zeigt, daß sie nur den wirklichen Freunden Freund, den auf zwei Schultern Wasser Tragenden aber Feind ist, desto besser. In diesem Sinne ist die Ausweisung des Fabrikanten Gros und das Vorgehen gegen den Fabrikanten Dreyer mit Genugthuung zu begrüßen.

* In Lothringen wurden sämmtliche ausscheidende Mitglieder des Landes-Ausschusses wiedergewählt, ausgenommen Metz-Stadt, wo der einheimische Lanique, und den Kreis Saarburg, wo der einheimische Notar Ditsch gegen den Altdeutschen Knaus durchkam.

* * *

* Das politische Interim in Oesterreich, das durch das Schlagwort des Grafen Taaffe von der Majorität von Fall zu Fall gekennzeichnet ist, dürfte kaum mehr von langer Dauer sein. Im Hohenwart-Club machen sich die centrifugalen Tendenzen seiner einzelnen Bestandtheile immer kräftiger geltend, so daß die Auflösung dieses rein mechanischen Verbandes heterogener Elemente nur als eine Frage kurzer Zeit erscheint, der Polenclub bereitet mit seiner autonomistischen Begehrlichkeit dem Ministerium nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten, und die Deutschliberalen, deren 110 Parlamentsstimmen Graf Taaffe zur Durchführung des Arbeitsprogrammes der Thronrede nicht entbehren kann, zeigen sich immer weniger geneigt, in der ihnen zugedachten Zuschauerrolle zu verharren und ohne entsprechende Gegenleistung des Ministeriums als Stütze desselben zu fungiren.

* Die österreichische Armeezeitung kündigt die bevorstehende Errichtung eines zweiten Ersatz-Bataillon-Cadres bei allen 102 Infanterie-Regimentern an, was für den Kriegsfall 102 neue Bataillone bedeutet.

* Gut schmeckte der Sect von Kronstadt, aber er war denn doch ein bischen theuer. Diese Erkenntniß dämmert den Franzosen, welche die russische Anleihe gezeichnet haben, mehr und mehr auf. Notirt doch die Anleihe schon 3 Prec. unter dem Zeichnungspreise, und da in den letzten Tagen an der Pariser Börse ein vollständiger Zusammenbruch der Ueberspeculation in den russischen Werthen erfolgt ist, haben die Besitzer des neuen Papiers vor der Hand wenig Aussicht, bald wieder zu ihrem Gelde zu kommen. Daß daran Niemand anders die Schuld trägt, als die Deutschen, braucht kaum gesagt zu werden. Der „Figaro" und andere Blätter verstehen hoch und heilig, es hätten seit mehreren Wochen gewisse Berliner Bankhäuser mit Hilfe ihrer Pariser Correspondenten es fertig gebracht, alle französischen Werthe und russischen Fonds herabzudrücken, um dem Zar zu beweisen, wie unrecht er daran gehandelt habe, den deutschen Markt zu verlassen und sich an Frankreich zu wenden, um seine Anleihen unterzubringen. Auch die französische Judenschaft wird von der „Justice" beschuldigt, sich der deutschen Verschwörung angeschlossen zu haben. Ob durch diese Enthüllungen die Aussichten einer neuen russischen Anleihe — die sicherlich kommen wird — verbessert werden, bleibt fraglich. In der Brust des Franzosen wohnen eben wie in derjenigen seines typischen Vorbildes, des „Tartarin von Tarascon" zwei Seelen: eine, die an den Don Quixote erinnert und eine andere, wie sie Sancho Pansa besaß. Erstere wird rathen: Pumpe weiter! Letztere wird der Ansicht sein: Behalte Dein Geld! — Also abwarten!

* Die überraschenden Nachrichten aus Brasilien machen in Paris einen sehr schlechten Eindruck und sind ganz geeignet, das ohnehin schon schwer erschütterte Vertrauen auf südamerikanische Verhältnisse gänzlich zu zerstören. Man hatte geglaubt, daß die Errichtung der Republik in Brasilien Wunder wirken werde, und sieht nun mit Verstimmung, daß es zum Mindesten nicht besser geht als unter dem Kaiserreiche. Vor Allem wird natürlich die Börse durch den Staatsstreich des Marschalls Fonseca in Mitleidenschaft gezogen, und das gerade in einem Augenblick, in dem es schon so auf dem Pariser Markte schlecht genug aussieht. In der That war nichts weniger wünschenswerth, als daß sich jetzt zu den portugiesischen und russischen Sorgen auch noch neue südamerikanische hinzugesellen mußten.

* Wie amtlich gemeldet wird, hat der Secretair des Schatzamtes Jackson den Posten eines Obersecretairs für Irland angenommen.

* Während der letzten Tage wurde unter den Führern der englischen liberalen Partei viel über die Frage der Führer-